

Dr. Franziska Tanneberger im Interview über Moorschutz als Chance für Klimaschutz, Biodiversität und Landwirtschaft

Moore speichern riesige Mengen an Kohlenstoff. Sind sie entwässert, werden sie zur CO₂-Quelle. Sind sie nass, können sie CO₂-Senke sein. Gleichzeitig zeichnen sich intakte Moore durch eine ihre hohe Artenvielfalt aus und sind Lebensraum für viele seltene Tiere. Nasse Moore können auch für die Land- und Forstwirtschaft genutzt werden. Der Erhalt und die Wiedervernässung von Mooren bieten daher die Chance Biodiversität, Klimaschutz und Landwirtschaft gleichzeitig deutlich voranzubringen. Dr. Franziska Tanneberger setzt sich für den Schutz von Mooren ein. Sie wird am 27. Oktober für ihre Leistungen mit dem Deutschen Umweltpreis ausgezeichnet.

DBU: Was muss getan werden, damit Moore ihren Beitrag zum Schutz der Natur und zum Klimaschutz entfalten können?

Tanneberger: Derzeit sind in Deutschland weit über 90 Prozent der Moore entwässert, diese Flächen setzen mehr als sieben Prozent unserer Treibhausgasemissionen frei. Und der Wald ist in Deutschland aufgrund unserer falschen Bewirtschaftung mittlerweile auch zu einer CO₂-Quelle geworden. Es ist also mehr als dringend, umzusteuern.

Da die Faktenlage eindeutig ist und die Wahrnehmung des Themas wächst, geht es mittlerweile nicht mehr in erster Linie darum, »ob« wir Moore wieder in einen nassen Zustand bringen müssen. Wir brauchen nasse Moore, um die Klima- und Biodiversitätsziele zu erreichen und weil sie eine so wichtige Rolle im Wasserhaushalt spielen. Wer, wann, wie genau – dazu sind aber ganz viele Fragen offen.

An erster Stelle muss dabei aus meiner Sicht die gesellschaftliche Verantwortung stehen. Das heißt, die Wiedervernässung zu 100 Prozent staatlich zu finanzieren. Schließlich wurde auch die Entwässerung durch den Staat finanziert. Dafür müssen wir schnelle, effiziente Wege finden, es braucht »Kümmerer« und Ansprechpersonen vor Ort, einfache Finanzierungsregeln und Experimentierklauseln, um dabei neue Wege auszuprobieren. Gleichzeitig müssen an vielen Stellen die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessert werden. Hier sind aktuell viele Bereiche betroffen. Es braucht Vereinfachungen zum Beispiel im Wasserrecht, das bisher noch die Entwässerung priorisiert. Aber auch im Bodenbewertungsrecht, das trockenen Moorböden höheren Wert gibt, und im Raumplanungsrecht, in dem Moorböden bisher kaum als Vorrang vorkommen. Zudem gilt es Zielkonflikte beim Schutz verschiedener Schutzgüter aufzulösen und eher in Synergien zu denken; ebenso bei zukünftig vermehrt auftretenden Verteilungskonflikten, beispielsweise um Wasserressourcen.



Parallel dazu brauchen wir unbedingt wirtschaftliche Anreize für eine Land- und Forstwirtschaft auf nassen Moorböden, um Wertschöpfung und Arbeitsplätze aufrecht zu erhalten. Die Umstellung auf die Paludikultur bringt viele Risiken mit sich. Ich kenne viele Landwirt*innen, die ihre Moore so bewirtschaften wollen, sodass sie weniger CO₂ freisetzen, mehr Biodiversität ermöglichen. Die Nachfrage nach Rohstoffen und Produkten von nassen Mooren ist hier ein ganz wichtiges Signal, um die Umstellung wirklich anzugehen. Und es braucht ganz sicher auch neue Ansätze. Zum Beispiel könnten Klimaschutzverträge, wie sie mit der Industrie gemacht werden, auch mit der Landwirtschaft erprobt werden. Oder der Staat könnte nachfrageseitige Puffer schaffen, das heißt Paludikultur-Ernten aufkaufen und sie über Unternehmen leiten, die sie für unterschiedliche Zwecke verwenden können, wie beispielsweise die Energieerzeugung, die Herstellung von Substraten und Baumaterialien, oder als Einstreu. Solche Puffer sowohl auf der Nachfrage- als auch auf der Angebotsseite sind gängige Praxis auf dem Erdgas- und Benzinmarkt.

Und nicht zuletzt gibt es eine emotionale Seite. Denn es ist wichtig, auf die Sorgen der Menschen einzugehen, die mit Moor-Wiedervernässung verbunden sind, beispielsweise in Bezug auf Überflutungen, Mücken und Eigentumsverlust. Zu diesen Fragen brauchen wir Antworten, und zusätzlich auch einen anderen, emotionalen Zugang. Deswegen freue ich mich besonders über die steigende Zahl von Künstler*innen, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen.

DBU: Die Bundesregierung hat das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) auf den Weg gebracht. Welche Bedeutung hat dieses Programm und wie kann dessen Wirkung unterstützt werden?

Tanneberger: Das ANK ist eines der wichtigsten Programme dieser Regierung, seine Umsetzung zählt auf ganz viele Politikbereiche ein: Klima, Biodiversität, Wasserversicherheit, zukunftssichere Land- und Forstwirtschaft. Daher möchte ich zuerst ganz klar sagen, dass dieses Programm unbedingt auch in Zukunft erhalten bleiben muss. Natürlicher Klimaschutz ist ein parteiübergreifendes, letztlich auch sicherheitspolitisches »Muss«. Es geht nicht um irgendein abstraktes »Klima« weit weg von uns, sondern um die Sicherheit unserer Lebensbedingungen in einer sich erwärmenden Welt, um Sicherheit vor Überflutungs- und Extremwetterereignissen, um Sicherheit landwirtschaftlicher Erzeugung, um die Bekämpfung von Migrationsursachen weltweit. Und so sollten wir allen, die an der Umsetzung des ANK beteiligt sind, ganz viel Rückenwind geben. Die beiden größten Arbeitsbereiche des Programms sind die Themen Wald und Moor – denn hier kann wirklich eine substantielle Trendwende für den Klimaschutz erreicht werden.

DBU: Können Sie das konkretisieren?

Tanneberger: Für den Bereich Moor war etwa eine Milliarde Euro vorgesehen aus den Mitteln des Programms in dieser Legislatur. Damit könnte alleine mit Blick auf das Klima gleichzeitig erhebliche Minderung von CO₂-Emissionen, die Schaffung neuer CO₂-Senken und Klimaanpassung erreicht werden. Wenn man den »Kohleausstieg« und dessen Finanzierung im Vergleich nimmt, sollte uns der Ausstieg aus der Moor-Entwässerung etwa eine Milliarde Euro pro Jahr wert sein, also das Vierfache. Die geplanten Summen sind also keinesfalls zu hoch und brauchen eine Langfristperspektive.

DBU: Wie geht man mit den Geldern dann um?

Tanneberger: Dieses Geld in die Fläche zu bringen, ist wirklich knifflig. Ein direktes Wirken des Bundes in der Fläche ist ja eher selten und braucht eine enge Kooperation mit den Bundesländern. Leider ist bisher noch kein Quadratmeter Moor aus den Mitteln der ANK-Förderrichtlinien wiedervernässt worden. Die im Sommer 2024 für die Umsetzung gestartete Förderrichtlinie »1 000 Moore« gilt nicht auf landwirtschaftlich genutzten Mooren und ob sie wirklich gut umgesetzt werden kann, wird sich jetzt erst zeigen. Die Länder hatten bzw. haben ähnliche natur-schutzorientierte Richtlinien, hier gibt es eine gewisse Dopplung. Praktiker*innen sagen mir, dass die geringen Fördersummen, der Ko-Finanzierungsbedarf und die kurzen Laufzeiten sowie die recht aufwändige Beantragung es gerade für Vereine und Kommunen schwer machen, Projekte zu beantragen. Man muss sich auch mal klarmachen, dass solche komplexen Anträge nicht vom Himmel fallen. Die vielen Gespräche, die Überzeugungsarbeit, Runden in Gemeinderäten oder Schnäpse bei Dorffesten – das muss alles irgendwann im Vorfeld machen. Ich kenne Initiativen für Moor-Wiedervernässung, die schon seit drei Jahren darauf warten, endlich Rückmeldung zu bekommen, ob ihr Antrag gefördert werden kann. Das frustriert natürlich, und zwar leider genau diejenigen, die wir so händeringend brauchen.

DBU: Wie könnte die Situation verbessert werden?

Tanneberger: Ein echter Gamechanger könnte die Förderrichtlinie für landwirtschaftlich genutzte Moore werden – das ist ja der allergrößte Teil der Fläche, um die es geht. Allerdings ist ihre Fertigstellung noch nicht abgeschlossen und der Richtlinie muss dann auch noch durch die EU zugestimmt werden, da sie förderrechtliche Belange der Landwirtschaft betrifft. Erst danach kann die konkrete Antragsvorbereitung überhaupt beginnen. Diese und die Bearbeitung der Anträge wird sich im Jahr 2025 abspielen. Hier müssen potenzielle Antragsteller*innen aus Landwirtschaft, Wassermanagement, Landschaftspflegeverbänden, Umweltverbänden, Kommunen unbedingt frühzeitig bestmöglich informiert und einbezogen werden. Angesichts des derzeitigen Sachstandes denke ich, dass die Umsetzung des ANK im Bundesumweltministerium maximal hoch priorisiert werden sollte, und dass die anderen Ressorts – insbesondere das Finanzministerium und das Landwirtschaftsministerium – hier viel stärker unterstützen sollten.

DBU: Gibt es weitere Ansatzpunkte, um die Revitalisierung und den Schutz der Moore in Deutschland zu befördern?

Tanneberger: Ja, die Bereitstellung von Geld über Förderrichtlinien ist da wirklich nur ein Aspekt. Wir haben im vergangenen Jahr Erfahrungen von 45 Vertreter*innen von zuständigen Behörden sowie Akteur*innen aus den moorreichen Bundesländern zusammengestellt. Die Ergebnisse zeigen, dass grundsätzliche Hürden weit verbreitet und ähnlich sind. Die Schwerpunktthemen sind Planung und Verfahren, Kapazitäten, Flächenverfügbarkeit, Zielkonflikte und Spezialwissen sowie Finanzierung. Wesentliche Stellschrauben sind vereinfachte Genehmigungsverfahren, Leitfäden für Genehmigungsbehörden, Antragstellende und Planungsbüros, Ausbau von Kapazität bei Planungsbüros, Vorhabenträgern, wasserwirtschaftlichen Unterhaltungsverbänden, Kommunen, zuständigen Behörden, landwirtschaftlichen und Tiefbaubetrieben. Es braucht attraktivere Angebote für Flächeneigentümer*innen (beispielsweise Tauschflächen, langfristige Förderungen mit Planungssicherheit, angemessene Entschädigungen), aber auch effektive Möglichkeiten zum Umgang mit einzelnen Sperrflächen zur Herstellung der Flächenverfügbarkeit. Besonders wirksam können Bodenordnungsverfahren sein. Sie brauchen aber derzeit in der Regel zehn Jahre. Die stärkere Verankerung von Mooren in der Raumplanung ist auch wichtig. Warum gibt es zum Beispiel kein Moorflächenbereitstellungsgesetz, ähnlich wie bei der Windkraft? Dann würden auch Raumordnungsämter ihr Personal anders priorisieren. Zudem käme eine substantielle Wiedervernässung schneller in Gang, wenn die Flächen nach ihrer (technischen, hydrologischen) Eignung ausgewählt werden könnten und nicht nach dem Eigentumsstatus.

DBU: Was braucht es dafür?

Tanneberger: Ganz wesentlich sind klare Aussagen und Ziele für den Moorklimaschutz von der Politik wie beispielsweise quantitative und terminierte CO₂-Minderungsziele für Moore in Klimaschutzgesetzen von Bund und Ländern mit klar festgelegten Verantwortlichkeiten. Diese klare Kommunikation brauchen ja gerade Branchen wie Land- und Forstwirtschaft, die langfristige Investitionen tätigen. Viele dieser Punkte wurden in der Leopoldina-Stellungnahme zu Mooren und Auen zusammengefasst.

Am Ende geht es aber vor allem um die Haltung, die man hat. Muss alles bis zum Letzten abgesichert werden oder kann man auch Dinge ausprobieren, mögliche ungewollte Auswirkungen absichern, experimentieren, um voranzukommen? Können Menschen in Behörden angstfrei und mit Rückendeckung ihrer Chefs und Chefinnen agieren, um genau das zu unterstützen? Diese Fragen sollten wir uns stellen.

Veränderung ist Konsequenz eines anderen Handelns. Wenn Zukunft anders aussehen soll, müssen wir jetzt, da die Zeit drängt, damit beginnen, Dinge anders zu tun. Gewohnheiten und sektorales Denken müssen hinterfragt, kooperative, interdisziplinäre und auch experimentelle Strukturen etabliert werden. Im MV Zukunftsrat haben wir 2021 formuliert, und ich bin davon fest überzeugt: Das größte Zukunftsrisiko besteht darin, nichts weiter zu tun als den Status Quo zu verwalten. Der derzeitige radikale Wandel unserer Lebensbedingungen erfordert eine neue realistische Radikalität. Andernfalls werden die Größe der angebotenen Lösungen und die Größe der Herausforderungen immer stärker voneinander abweichen.

DBU: Viele Moorflächen werden landwirtschaftlich genutzt. Wie lassen sich diese Flächen für den natürlichen Klimaschutz nutzen und was für Rahmenbedingungen braucht es dafür in Bereich der europäischen Agrarpolitik?

Tanneberger: Ja, die allermeisten Moorflächen in Deutschland sind landwirtschaftlich genutzt. Die gute Nachricht: Landwirtschaft muss nicht eingestellt werden, um natürlichen Klimaschutz umzusetzen. Sie kann bei höheren Wasserständen fortgeführt werden. Dadurch sinken die Bodenemissionen substanziell. Bei oberflächennahen Wasserständen kann sogar neue Torfbildung stattfinden. Dieser wird aus den unterirdischen Pflanzenteilen aufgebaut, so dass man gleichzeitig die oberirdischen Bestandteile ernten und nutzen kann. Und für diese Art von Moornutzung gibt es nun mit dem von Bundeslandwirtschafts- und Bundesumweltministerium geförderten »PaludiNetz« neun Projekte, die das über zehn Jahre auf mehreren tausend Hektar pilothaft erproben. Und es gibt wirklich wirtschaftliche Nachfrage, wie die toMOORow-Initiative mit dem Aufbau einer Nachfrage-Allianz aus 14 großen Unternehmen zeigt.

DBU: Und die schlechte Nachricht?

Tanneberger: Die schlechte Nachricht: Wir müssen uns klarmachen, dass die gesamte Agrarförderpolitik in der Vergangenheit auf entwässerte Moore ausgerichtet war. Für einen Landwirtschaftsbetrieb mit entwässerten Moorflächen besteht derzeit eine sichere Förderung; für solche mit wiedervernässten Moorflächen nicht. Seit der letzten Agrarreform sind Paludikulturen zwar explizit mit in die gemeinsame Agrarpolitik der EU aufgenommen worden, es gibt aber noch eine Menge ungelöste Punkte: Nur einige Formen von Paludikultur sind förderfähig, es gibt Hürden bei der Etablierung, spezielle Agrar-Umwelt-Klima-Programme haben teilweise sehr enge Vorgaben. Auch fehlen technische Dienstleister für die Umsetzung. Es mangelt an einer einheitlichen gesetzlichen Definition von Paludikultur und das pauschale Verbot von Anbau-Paludikulturen in Schutzgebieten behindert die Entwicklung von Einkommensalternativen mit hohem Wertschöpfungspotential für die Betriebe. Hier besteht sehr konkreter Änderungsbedarf bei der kommenden Agrarreform.

Und für die Förderung der entwässerten Moorflächen sollte es einen klaren zeitlichen Endpunkt geben. Mit entsprechender Vorlaufzeit können Betriebe sich dann darauf einrichten, dass sich die Förderbedingungen ändern. Dafür sollte es kostenfreie Beratungen geben, mit der dann neue Betriebskonzepte entwickelt werden können. Richtig gut wäre auch eine degressive Prämierung von Paludikultur, bei der diejenigen, die früh damit anfangen besonders belohnt und unterstützt werden. Denn wir müssen dringend aufs Tempo drücken. Dazu braucht es klare staatliche Rahmenbedingungen und unternehmerische Initiative.